

90. Landesparteitag 15./16.04.2011

Beschluss

Nordafrika Strategie

Der Landesparteitag der FDP Hamburg möge beschließen:

Die Staaten Nordafrikas haben ihren Kampf für Freiheit und Demokratie gerade erst begonnen. Wir vertrauen den Menschen, dass sie ohne Einmischung von außen den für sie richtigen Weg einschlagen werden. Aber wir dürfen sie hierbei nicht alleine lassen. Die demokratische Selbstbestimmung der Menschen in Nordafrika und der Aufbau von marktwirtschaftlichen Strukturen sind der beste Schutz gegen die Entstehung von Terrorismus und der einzige Weg, dauerhaft Flüchtlingsströme zu verhindern. Eine Abschottung Europas ist kontraproduktiv. Der Aufbau von Zivilgesellschaften in Nordafrika ist daher nicht nur eine Chance für die Menschen dort, sondern auch für uns.

Die Wirtschaftsbeziehungen dürfen nicht auf dem gegenwärtigen Niveau verharren, sondern müssen ausgebaut werden. Das Verhältnis Europas zu Nordafrika ähnelt der Situation von vor 20 Jahren, als sich Westeuropa den osteuropäischen Nachbarstaaten gegenüber öffnete und sich beim Aufbau von demokratischen, wirtschaftlichen und kulturellen Strukturen engagierte.

Die FDP Hamburg fordert deshalb sowohl den Hamburger Senat wie auch die deutsche Bundesregierung und die europäischen Institutionen (Parlament und Kommission) auf, das europäische Engagement in Nordafrika zu verstärken, insbesondere in den Staaten, die sich nach der Befreiung von den diktatorischen Nepotismen demokratischen Prinzipien verschreiben und die Menschenrechte achten.

Die FDP Hamburg begrüßt die Entscheidung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, als Sofortmaßnahme drei Förderfonds für Nordafrika aufzulegen. Mit 3,25 Mio. Euro für einen Demokratisierungsfonds zur Förderung des demokratischen Wandels, 8 Mio. Euro für die Förderung der beruflichen Ausbildung junger Menschen und 20 Mio. für lokale Banken, die diese Gelder für Existenzgründungsdarlehen und Investitionskredite an die lokale Wirtschaft weiterreichen können macht die Bundesregierung einen guten Anfang, um den neuen Demokratien zu einer dauerhaften Entwicklung zu verhelfen.

Der Hamburger Senat wird aufgefordert, die Bemühungen der Bundesregierung im Rahmen der Hamburger Möglichkeiten zu unterstützen, ohne die Haushaltskonsolidierung zu gefährden. Hierzu sind folgende Maßnahmen geeignet:

- Delegationsreisen des Senats mit Hamburger Unternehmen,

Organisation von Exportmessen für nordafrikanische Firmen in Hamburg,

- Prüfung von möglichen Joint Ventures landeseigener Betriebe, z.B. den Hamburger Wasserwerken, mit nordafrikanischen Unternehmen,
- Unterstützung möglicher Nordafrika-Initiativen der Bundesregierung im Bundesrat.

Die Bundesregierung wird aufgefordert

- die Inhalte des am 8. März von der Europäischen Kommission vorgelegten Strategiepapiers für eine "Partnerschaft mit dem südlichen Mittelmeerraum für Demokratie und gemeinsamen Wohlstand" zu unterstützen und zügig im Einklang mit den anderen EU-Mitgliedsnationen umzusetzen,
- die geplante Intensivierung des Handels schrittweise aber zügig durch den Abbau von Handelsschranken, insbesondere für Agrar- und Fischereiprodukte und im Dienstleistungssektor zu unterstützen,
- als kurzfristige Überbrückungsmaßnahme den Vorschlag für einen Beschluss des EU-Rates über die Unterzeichnung des regionalen Übereinkommens über Pan-Europa-Mittelmeerpräferenz zu forcieren,
- langfristig die von der Bundesregierung im Barcelona-Prozess angestoßene Vision einer Union für den Mittelmeerraum zu unterstützen und fortzuführen,
- der vom Europäischen Parlament vorgeschlagenen Erhöhung der Kreditmittel der Europäischen Entwicklungsbank für Nordafrika um 1 Mrd. Euro bis 2013 zuzustimmen,
- die nun vorhandenen Entwicklungseinrichtungen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und ihrer Tochtergesellschaft DEG (Deutsche Entwicklungsgesellschaft) in allen Ländern Nordafrikas einzusetzen, ohne dass hierzu Etatänderungen vorgenommen werden müssten; deren Kredite und Experten sollen zur Förderung von kleinen und mittelständischen Unternehmen und zur Finanzierung von Infrastrukturprojekten gezielt eingesetzt werden;
- die Vorschläge der Europäischen Kommission zu unterstützen, die Visa-Regelungen zu überarbeiten und Studenten, Geschäftsreisenden, Wissenschaftlern und Bildungsreisenden aus den nordafrikanischen Staaten die Mobilität in den Schengen-Raum zu erleichtern,

- Regelungen zu unterstützen, in Abhängigkeit von der Arbeitsmarktlage innerhalb der EU eine aktive Einwanderungspolitik von Fach- und Saisonarbeitern umzusetzen,
- über die Vorschläge der Europäischen Kommission hinausgehend, insbesondere die Solarindustrie bei Projekten in Nordafrika zu fördern, z.B. das Desertec-Projekt
- Programme aufzulegen, bei denen Systeme zur Berufsausbildung in Nordafrika mittels deutscher Expertise auf- und ausgebaut werden,
- Bürgerkriegsflüchtlinge aus Nordafrika auch in Deutschland aufzunehmen und humanitäre Hilfe vor Ort und in betroffenen EU-Nachbarländern zur Verfügung zu stellen.

Die FDP-Fraktion im Europaparlament wird aufgefordert, dem Übereinkommen, das in der Pan-Europa-Mittelmeer-Kumulierungszone Präferenzolltarife einführt, zuzustimmen.